

## **Prüfungssystem**

**Fertigung, Lieferung, Aufstellung und Inbetriebsetzung von luftisolierten 10-kV-Schaltanlagen in 110/10-kV-Umspannwerken der Stromnetz Berlin GmbH**

**Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags/  
Verfahrens- und Teilnahmebedingungen zum Teilnahmewettbewerb**

<b>1.</b>	<b>ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUM VERGABEVERFAHREN.....</b>	<b>3</b>
1.1	Vorbemerkungen .....	3
1.2	Vergabeverfahren / Prüfungssystem.....	4
1.3	Auftraggeber.....	4
1.4	Kontaktstelle, Kommunikation.....	4
1.5	Vergabegegenstand und Kurz-Leistungsbeschreibung.....	5
1.6	Erstattung von Aufwendungen .....	5
1.7	Verfahrenssprache .....	5
1.8	- In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt.....	5
1.9	- In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt.....	5
1.10	- In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt.....	5
1.11	- In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt.....	5
1.12	Vertraulichkeit und Verfahrensintegrität .....	5
1.13	Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten .....	6
1.14	Obliegenheiten, Rückfragen .....	7
1.15	Registrierung .....	7
1.16	Eigentums- und Nutzungsrechte, Schutzrechte .....	7
1.17	Rechtsschutz.....	8
<b>2.</b>	<b>ABLAUF DES PRÜFUNGSSYSTEMS .....</b>	<b>8</b>
2.1	Überblick zum Ablauf des Prüfungssystems .....	8
2.2	Ablauf des Prüfungssystems .....	8
2.3	Wichtige Hinweise für die spätere Angebots- und Verhandlungsphase .....	11
<b>3.</b>	<b>VERGABEUNTERLAGEN.....</b>	<b>13</b>
3.1	Allgemeines.....	13
3.2	Schutz vertraulicher Informationen .....	14
<b>4.</b>	<b>ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DEN TEILNAHMEANTRAG.....</b>	<b>15</b>
4.1	Bestandteile des Teilnahmeantrags und Form.....	15
4.2	Bezeichnung von Unterlagen.....	15
4.3	Ordnung der Teilnahmeantragsunterlagen .....	16
4.4	Übermittlung des Teilnahmeantrags .....	16
4.5	Teilnahmefrist.....	16
4.6	Format des Teilnahmeantrags.....	16
4.7	Umgang mit verspätet eingegangenen Teilnahmeanträgen <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>	
4.8	Änderungen des Teilnahmeantrags durch den Bewerber .....	16
4.9	Eintragungen des Bewerbers und Änderungen hieran.....	17
4.10	Änderung der Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb .....	17

4.11	Eigentumsübergang der Teilnahmeunterlagen, Nutzungsrecht.....	17
4.12	Kennzeichnung vertraulicher Informationen.....	17
<b>5.</b>	<b>EIGNUNGSANFORDERUNGEN UND NACHWEIS DER EIGNUNG .....</b>	<b>17</b>
5.1	Bewerberangaben/Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung .....	18
5.2	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit .....	19
5.3	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit.....	21
5.4	Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung, Vergabesperre .....	24
5.5	Eigenerklärung Verordnung (EU) 2022/576 .....	25
5.6	Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft (Formblatt 13) .....	25
5.7	Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter .....	26
<b>6.</b>	<b>BEWERBERGEMEINSCHAFTEN.....</b>	<b>31</b>
6.1	Zulässigkeit .....	31
6.2	Einzureichende Formblätter und weitere Unterlagen .....	31
<b>7.</b>	<b>BEGRENZUNG DER ANZAHL DER BEWERBER ...FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.</b>	
7.1	Geplante Anzahl der Bewerber.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
7.2	Auswahlkriterien .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
7.3	Bewerberauswahl und Aufforderung zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>

## **1. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUM VERGABEVERFAHREN**

### **1.1 Vorbemerkungen**

Die vorliegenden Teilnahmebedingungen enthalten alle erforderlichen Informationen für die Einreichung der Teilnahmeanträge. Ergänzend liegen die entsprechenden Formblätter bei. Auf Grundlage der Teilnahmebedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden alle Interessenten zur Abgabe eines Teilnahmeantrags aufgefordert. Für die spätere Angebotsabgabe erhalten jene Bewerber, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs am weiteren Verfahren teilnehmen, eine gesonderte Aufforderung zur Angebotsabgabe einschließlich der konkreten Angebotsbedingungen.

Die vorliegenden Teilnahmebedingungen einschließlich der Anlagen können durch den Auftraggeber im Verfahrensverlauf durch schriftliche Information an die Bewerber ergänzt, konkretisiert und – soweit zulässig - geändert werden.

Die Bezeichnungen Bewerber und Bieter werden nachfolgend teilweise synonym verwendet. Die Bezeichnungen Bewerber/Bieter beziehen sich auch auf Bewerbergemeinschaften/Bietergemeinschaften, sofern nicht abweichend formuliert.

## 1.2 Vergabeverfahren / Prüfungssystem

Auf der Basis der §§ 37, 48 SektVO hat die Stromnetz Berlin GmbH die Einrichtung eines Qualifizierungssystem für die Fertigung, Lieferung, Aufstellung und Inbetriebsetzung von luftisolierten 10-kV-Schaltanlagen in 110/10-kV-Umspannwerken bekannt gegeben und Bewerber zur Abgabe eines Teilnahmeantrages aufgerufen. Auftraggeber und Vergabestelle ist die Stromnetz Berlin GmbH.

Nach Prüfung des Antrags eines interessierten Unternehmens auf Zulassung zum Qualifizierungssystem und (positiver) Feststellung der Qualifikation wird das Unternehmen in das betroffene Qualifikations-Verzeichnis („Liste der qualifizierten Lieferanten“) aufgenommen. Alle unter das Qualifizierungssystem fallenden Aufträge oberhalb der EU- Schwellenwerte werden im Wege eines nicht offenen Verfahrens oder eines Verhandlungsverfahrens unter den im betroffenen Qualifikations-Verzeichnis geführten Unternehmen ausgeschrieben. Des Weiteren ist es beabsichtigt, in den zukünftigen Projektausführungen zu Umspannwerksneu- und -umbauten der Stromnetz Berlin GmbH nur 10-kV-Schaltanlagen einzusetzen, die zuvor im Verfahren dieses Prüfungssystems qualifiziert wurden. Eine Pflicht zur Vergabe von Aufträgen besteht nicht.

Einzelheiten ergeben sich aus den zur Verfügung gestellten Teilnahmeunterlagen (siehe hierzu die „Übersicht Teilnahmeunterlagen“).

## 1.3 Auftraggeber

Auftraggeber des geplanten Beschaffungsvorhabens ist:

Stromnetz Berlin GmbH  
Eichenstr. 3a  
12435 Berlin

## 1.4 Kontaktstelle, Kommunikation

Folgende Stelle ist für das Vergabeverfahren als alleinige Kontaktstelle zuständig:

Stromnetz Berlin GmbH  
Technischer Einkauf  
Herr Stefan Riese  
Eichenstr. 3a  
12435 Berlin

Die Kommunikation der interessierten Bewerber mit dem Auftraggeber findet über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der Vergabeplattform „Deutsche e-Vergabe“ (<https://www.deutsche-evergabe.de/>) mittels Bieteraccount statt. Die Verfahrensteilnehmer erklären sich mit der Angabe von Kontaktdaten (z.B. im Teilnahmeantragschreiben) damit einverstanden, vom Auftraggeber mithilfe dieser Kommunikations-

mittel kontaktiert werden zu dürfen, sofern die Kontaktaufnahme nach SectVO zulässig ist.

#### 1.5 **Vergabegegenstand und Kurz-Leistungsbeschreibung**

siehe Beschreibung unter 1.2

Die in diesem Prüfungssystem zugelassenen luftisolierten 10-kV-Schaltanlagen müssen der „Technischen Beschreibung“ TB3544 V05 der Vergabestelle entsprechen, die auf Basis der IEC 62271-200; IEC 62271-1; IEC 62271-100 erstellt wurde. Weitere Details sind der Bestätigungstabelle (V05\_komplett\_2019.xlsx) zur Abfrage auf Einhaltung der Spezifikation zu entnehmen.

##### Kenndaten der 10-kV-Schaltanlage:

Bemessungsspannung 12 kV,  
Bemessungsfrequenz 50 Hz,  
Bemessungs-Kurzzeitstrom 20 kA (1s),  
Bemessungs-Betriebsstrom 2500 A

#### 1.6 **Erstattung von Aufwendungen**

Dem Bewerber/Bieter werden für Aufwendungen im gesamten Vergabeverfahren keine Kosten erstattet.

#### 1.7 **Verfahrenssprache**

Verfahrenssprache ist deutsch. Die gesamte Kommunikation mit dem Auftraggeber, einschließlich des Schriftverkehrs, ist in deutscher Sprache zu führen.

Alle einzureichenden Unterlagen sind in deutscher Sprache vorzulegen.

Für Unterlagen, Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache gefasst sind, sind neben dem Original beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

1.8 - In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt

1.9 - In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt

1.10 - In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt

1.11 - In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt

1.12 **Vertraulichkeit und Verfahrensintegrität**

Jedes Unternehmen, das als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder verleihendes Unternehmen am Teilnahmewettbewerb sowie am weiteren Vergabeverfahren teilnehmen möchte, hat eine Vertraulichkeitserklärung (Formblatt 9) abzugeben (vgl. dazu auch Ausführungen Ziff. 3.2). Der Unterzeichner hat zu gewährleisten, dass die Anforderungen an die Vertraulichkeit durch alle beteiligten Unterauftragnehmer, Berater und anderer an der Angebotserstellung und gegebenenfalls der folgenden Leistungserbringung beteiligten Unternehmen gewahrt werden.

Zur Gewährleistung eines wettbewerblichen Verfahrens hat jeder Bewerber sicherzustellen, dass der Inhalt seines Teilnahmeantrags sowie jegliche Informationen über den Inhalt und Verlauf des weiteren Verfahrens Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt grundsätzlich auch für alle mit dem Bewerber (bzw. bei einer Bewerbergemeinschaft: allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft) i.S.d. §§ 15ff. AktG verbundenen Unternehmen; Konzernunternehmen haben geeignete organisatorische Maßnahmen zu ergreifen und dies ggf. nachweisen. Ausgenommen vom Verbot der Weitergabe von angebotsrelevanten und sonstigen verfahrensrelevanten Informationen sind: im Teilnahmeantrag benannte verleihende Unternehmen, potentielle Unterauftragnehmer sowie sonstige Unternehmen und Berater, die entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, verboten sind. Dieses Verhalten kann zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die Bewerber/Bieter haben ferner zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht beeinträchtigt wird (z. B. durch eine unzulässige Mehrfachbeteiligung). Eine Mehrfachbeteiligung liegt etwa vor bei

- der parallelen Beteiligung eines Unternehmens als einzelner Bewerber/Bieter und als Mitglied einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft,
- bei der Beteiligung mehrerer im Konzernverbund stehenden Unternehmen oder
- der Beteiligung eines Unternehmens als einzelner Bewerber/Bieter oder als Mitglied einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft und der gleichzeitigen

Einbindung dieses Unternehmens als Unterauftragnehmer für einen oder mehrere andere Bewerber/Bieter oder Bewerber/Bietergemeinschaften.

Ist dem Bewerber/Bieter eine Mehrfachbeteiligung bekannt, muss er den Auftraggeber darauf hinweisen und ist verpflichtet, dem späteren Angebot eine Erläuterung beizufügen, wie die mögliche Verletzung des Geheimwettbewerbs durch geeignete Maßnahmen vermieden wird. Bei Zweifeln an der Einhaltung des Geheimwettbewerbs hat der Auftraggeber das Recht, von den Bewerbern einen Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist.

#### 1.13 **Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten**

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens empfangenen personenbezogenen Daten werden von der Stromnetz Berlin GmbH gemäß den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes verarbeitet. Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.stromnetz.berlin/datenschutz>

#### 1.14 **Obliegenheiten, Rückfragen**

Die interessierten Unternehmen sind verpflichtet, die Vergabeunterlagen zu prüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines interessierten Unternehmens, Widersprüche oder Fehler oder sind die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines interessierten Unternehmens unvollständig, hat er den Auftraggeber unverzüglich und vor Einreichung seines Teilnahmeantrags mittels Nachricht über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der Vergabeplattform „Deutsche e-Vergabe“ (<https://www.deutsche-evergabe.de/>) darauf hinzuweisen.

Etwaige Rückfragen zum Teilnahmewettbewerb sind ebenfalls über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der vorgenannten Vergabeplattform an die Kontaktstelle zu richten.

Eine mündliche bzw. fernmündliche Kontaktaufnahme durch ein interessiertes Unternehmen außerhalb der o. g. Vergabeplattform ist nicht zulässig und wird nicht beantwortet, es denn der Auftraggeber lässt eine solche Form der Kommunikation ausdrücklich zu.

Interessierte Unternehmen sind verpflichtet, sich über den in der Auftragsbekanntmachung genannten Link zum Abruf der Vergabeunterlagen regelmäßig über neu beantwortete Bewerberfragen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren. Diese Pflicht gilt bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens.

#### 1.15 **Registrierung**

Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist keine Registrierung erforderlich.

Der Auftraggeber macht aber von dem Recht Gebrauch und verpflichtet interessierte Unternehmen nach dem Abruf der Auftragsbekanntmachung und der Vergabeunterlagen, sich auf

<https://www.deutsche-evergabe.de/>

mit der Angabe der Unternehmensbezeichnung sowie einer elektronischen Adresse zu registrieren. Über Änderungen oder Ergänzungen dieser Angaben ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

#### 1.16 **Eigentums- und Nutzungsrechte, Schutzrechte**

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens von den Bewerbern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen etc. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Bewerber räumt dem Auftraggeber die für die Durchführung des Verfahrens erforderlichen Nutzungsrechte ein. Dies umfasst die Nutzung, insbesondere die Vervielfältigung und Verbreitung der Unterlagen, Erklärungen etc. im Rahmen der Durchführung des Verfahrens.

Der Bewerber stellt sicher, dass ihm keine Umstände bekannt sind, die es erschweren oder unzulässig machen, die zur Erfüllung des Vertrages notwendigen Gegenstände und Verfahren herzustellen, zu verkaufen oder zu nutzen. Er stellt weiterhin sicher, dass keine Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten gegen ihn geltend gemacht worden sind, die der Erfüllung des Vertrages entgegenstehen.

#### 1.17 **Rechtsschutz**

Rügen wegen erkannter Verstöße gegen Vergabevorschriften sind innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu erheben (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers vergangen sind, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:

**Vergabekammer des Landes Berlin**  
Martin-Luther-Straße 105  
10825 Berlin



## **2. ABLAUF DES PRÜFUNGSSYSTEMS**

### **2.1 Überblick zum Ablauf des Prüfungssystems**

Dieses Prüfungssystem wird in vier Stufen (vergl. Pkt. 2.2 (b) i. – iv.) durchgeführt.

### **2.2 Ablauf des Prüfungssystems**

Der Teilnahmeprüfung läuft wie folgt ab:

#### **(a) Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags**

Interessierte Unternehmen werden gebeten, auf der Grundlage der ihnen zur Verfügung gestellten Teilnahmeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb einen Teilnahmeantrag mit den von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Formblättern zu erarbeiten und diesen formgerecht auf der Vergabeplattform einzureichen.

In der Anlage „Übersicht Teilnahmeunterlagen“ ist gekennzeichnet, welche Formblätter für den Teilnahmeantrag zu verwenden sind.

#### **(b) Durchführung der Eignungsprüfung**

Die Eignungsprüfung erfolgt in einem vierstufigen Verfahren:

##### **(i) Formale Prüfung der Teilnahmeanträge**

Der Auftraggeber prüft die vorliegenden Teilnahmeanträge zunächst auf die Einhaltung der in diesen Teilnahmebedingungen festgelegten formalen Anforderungen. Dabei wird die Vollständigkeit und Richtigkeit der Teilnahmeanträge verifiziert.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, fehlerhafte oder unvollständige Unterlagen von den Bewerbern in angemessener Frist nachzufordern oder korrigieren zu lassen, soweit eine Gleichbehandlung der Bewerber gewahrt bleibt. Zur Nachforderung von Unterlagen ist der Auftraggeber nicht verpflichtet; ein Anspruch der Bewerber besteht nicht. Bewerber, deren Teilnahmeanträge auch nach gegebenenfalls erfolgter Nachforderung die Anforderungen nicht erfüllt, werden ausgeschlossen.

(ii) Inhaltliche Prüfung der Teilnahmeanträge

Nach der formalen Prüfung der Teilnahmeanträge prüft der Auftraggeber die Eignung der Bewerber für die zu vergebenden Leistungen und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Der Auftraggeber bewertet auf Grundlage der vorgelegten Eignungsnachweise und entlang der aufgestellten Eignungskriterien, ob der Bewerber voraussichtlich fähig ist, die zu vergebenden Leistungen vertragsgemäß zu erbringen. Dies entscheidet die Vergabestelle anhand der vom Bewerber eingereichten und vollständige beantworteten Fragelisten:

- ausgefüllte Referenzliste (**Formblatt 7.1**)
- beantwortete „Technik-Checkliste“ (**Formblatt 7.2**) mit 45 Fragen
- beantwortete Bestätigungstabelle zur Abfrage auf Einhaltung der Auftraggeber-Spezifikation (**Formblatt 7.3**) TB3544 V05
- beantworteter Fragebogen (AGU A) zur Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Alle Fragen müssen beantwortet und sofern gefordert, mit den entsprechenden Nachweisen bedient werden. Die Vergabestelle prüft die Antworten der Technik-Checklisten, die Angaben der Referenzlisten und die Angaben in der Bestätigungstabelle auf Plausibilität und wertet die Angaben aus den Eignungskriterien hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsgrad hinsichtlich der Anforderungen zum Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutz (FFM-Fragebogen) aus.

Sofern die inhaltlichen Mindestanforderungen nicht erfüllt werden, bzw. eine Frage mit „nein“ beantwortet wurde, oder die Alternativlösung zur Zielerreichung nicht plausibel ist und trotz Nachfrage durch die Vergabestelle vom Bewerber nicht plausibel erklärt werden kann, erhält der Antragsteller eine Information über die Ablehnung und die Einstellung der weiteren Prüfungen.

Nach erfolgreichem Abschluss der vorgenannten Punkte hat der Bewerber ein Musterschaltfeld zu liefern und aufzustellen.

(iii) Musterschaltfeld

Der Bewerber hat ein 10-kV-Muster-Kabelabgangsschaltfeld für „Langen Ring“, welches den Anforderungen der Technischen Beschreibung TB3544 V05 entspricht der Stromnetz Berlin GmbH zu liefern und am Lieferort aufzustellen. Die erforderlichen Schutzgeräte werden von der Stromnetz Berlin GmbH beigestellt. Mit den Abnahmeprüfungen des Musterschaltfeldes wird geprüft, ob alle Anforderungen aus der Technischen Beschreibung TB3544 vom Bewerber in der Realität erfüllt werden können. Gleichzeitig stellt das Musterschaltfeld die Grundlage für die Ausstattung weiterer Schaltanlagen in zukünftigen Umspannwerksprojekten mit diesem zugelassenen Lieferanten dar. Die Vergabestelle wird die Aufstellung des Musterschaltfeldes mit einem wettbewerbsfähigen Preis, auf Basis der Bestellungen aus den jeweils letzten 2 Jahren, vergüten. Bewerber, die bei der Vergabestelle bereits in vorausgegangenen Projekten eine Musterschaltfeld aufgestellt haben und dieses zugelassen/qualifiziert wurde, müssen kein erneutes Musterschaltfeld liefern und aufstellen. Ggf. erforderliche Anpassungen zum aktuellen Stand der TB3544 werden einvernehmlich geregelt.

(iv) Werksaudit

Für die Durchführung der vierten Stufe behält sich die Vergabestelle nach vorheriger Terminabstimmung vor, ein Werks-Audit in der Fertigungsstätte des Bewerbers durchzuführen. Dabei sind die in den zuvor getätigten Angaben und Aussagen stichprobenartig nachzuweisen. Inhalt sind u.a. die Präsentation der Prozessabläufe beim Hersteller und Lieferanten, Erläuterungen der eingereichten Unterlagen bei der Stromnetz Berlin GmbH (z. B. durch Zeichnungen, Fotos, Prüfprotokolle etc.), Besichtigung und Bewertung der Produktionsstätten, Prüflabor und

Logistik. Für ein Werks-Audit werden ca. 2 Tage benötigt.

**(c) Qualifizierungsentscheidung**

Die Vergabestelle wird entweder bereits nach Abnahme des Musterschaltfeldes, spätestens jedoch nach Abschluss des optionalen Werks-Audits den Bewerber, innerhalb eines angemessenen Zeitraums, über das Ergebnis der durchgeführten Prüfungen informieren.

**(d) Dauer der Qualifizierungs-Gültigkeit**

Bewerber, die den Qualifizierungsprozess zum genannten Prüfungssystem erfolgreich durchlaufen haben, werden bei der Stromnetz Berlin GmbH in das Qualifikations-Verzeichnis bzw. „Liste der qualifizierten Lieferanten“ für luftisolierte 10-kV-Schaltanlagen für den Einsatz in 110/10-kV-Umspannwerken aufgenommen, die die Vergabestelle bei zukünftigen Ausschreibungen / Wettbewerben direkt zur Angebotsabgabe auffordert.

Eine erteilte Qualifizierungszusage hat eine Gültigkeit von 5 Jahren.

Zugelassene Lieferanten, die in den letzten 5 Jahren keine 10-kV-SA an die Stromnetz Berlin GmbH geliefert haben oder die die Zulassung aufgrund der Einstufung zu den Abweichungen vom Qualitätsstandard verloren haben, müssen den erweiterten Fragebogen erneut beantworten. In Abhängigkeit der Plausibilität der Beantwortung des erweiterten Fragebogens Stromnetz Berlin GmbH erfolgt ggf. eine Re-Zertifizierung der Produktionsstätte des Lieferanten. Ein Lieferant, der in die dritte Stufe der Abweichung vom Qualitätsstandard (siehe Kapitel 5.13) eingestuft wurde, kann sich erst nach Ablauf von 2 Jahren des Verlustes der Zulassung erneut bewerben.

**2.3 Wichtige Hinweise für die spätere Angebots- und Verhandlungsphase**

Der Auftraggeber weist bereits in diesem Verfahrensstadium auf folgende Aspekte hin, zu deren Einhaltung sich die Bewerber/Bieter im weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens u.a. mit der Abgabe des Angebots einverstanden erklären müssen. Es wird daher zugunsten einer erfolgversprechenden Beteiligung und einer effizienten Durchführung dieses Vergabeverfahrens darum gebeten, die Erfüllung dieser Aspekte bereits bei der Prüfung, ob sich ein interessiertes Unternehmen mit einem Teilnahmeantrag an dem Vergabeverfahren beteiligt, zu berücksichtigen.

**(a) Verhaltenskodex**

Der Auftraggeber beabsichtigt in dem abzuschließenden Vertrag zu regeln, dass der künftige Auftragnehmer den Stromnetz Berlin Verhaltenskodex für Lieferanten einhalten muss. Der Stromnetz Berlin Verhaltenskodex ist unter folgender Adresse abrufbar:

<https://www.stromnetz.berlin/globalassets/dokumente/einkauf/verhaltenskodex-fur-lieferanten.pdf>

**(b) Besondere Vertragsbedingungen nach BerIAVG**

Der Auftraggeber ist als Gesellschaft im Eigentum des Landes Berlin zur Einhaltung von Vorgaben des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerIAVG) verpflichtet. Insbesondere hat der Auftraggeber mit Auftragnehmern besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt, zur Förderung von Frauen, zur Verhinderung von Benachteiligungen, sowie entsprechende Überwachungs-, Kontroll- und Sanktionsrechte zu vereinbaren (die weiterführenden Informationen (BVB) hierzu, können Sie unseren Anlagen 8 -10 entnehmen).

**(c) Umsetzung Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**

Der Auftraggeber ist gesetzlich verpflichtet, ab dem 01.01.2024 die Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zu erfüllen. Da die vorliegende Ausschreibung den Abschluss eines Vertrages zum Gegenstand hat, der über das Datum 01.01.2024 hinausreicht, wird die Beachtung des LkSG erfolgen müssen.

Die Einhaltung des LkSG beinhaltet u.a. die Analyse und Überprüfung der Lieferkette (unmittelbarere und mittelbare Lieferanten) hinsichtlich möglicher Verstöße gegen menschenrechts- und umweltbezogenes Pflichten (§ 2 Abs. 2 Ziff.1-12, Abs. 3 Ziff. 1-8 LkSG). Ferner sind wirksame Kontroll-, Auskunfts-, Audit- und Sanktionsrechtsrechte zur Einhaltung des LkSG mit Lieferanten zu vereinbaren.

Der Auftraggeber beabsichtigt, den künftigen Auftragnehmer mittels einer Besonderen Vertragsbedingung zur Umsetzung und Einhaltung sämtlicher Verpflichtungen aus dem LkSG zu verpflichten. Die Umsetzung dieser Verpflichtung kann mittels Vertragsklausel und/oder entsprechender Anlage bzw. einer Verpflichtung zur Unterzeichnung eines entsprechenden Nachtrags zum Vertrag, der eine solche Anlage zum Gegenstand hat, erfolgen.

**(d) Wettbewerbsregisterabfrage**

Bei Bestehen einer Abfragepflicht aus dem Wettbewerbsregister nach dem Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz [WRegG] vom 18. Juli 2017, BGBl. I S. 2739), fragt der Auftraggeber bei der Registerbehörde vor Erteilung des Zuschlags bezüglich des Bieters, an den der Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, ab, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen gespeichert sind.

Bei Vorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister entscheidet der Auftraggeber nach Maßgabe der vergaberechtlichen Vorschriften in eigener Verantwortung über den Ausschluss des Unternehmens von der Teilnahme am Vergabeverfahren.

**(e) Bereitstellungsverbot nach „Anti-Terror-Verordnungen“**

Auf Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001, der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 und der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 gilt das sog. Bereitstellungsverbot. Danach dürfen den in den jeweiligen Listen der Verordnungen aufgeführten natürlichen oder juristischen Personen, Gruppen oder Organisationen Gelder weder direkt noch indirekt zur Verfügung gestellt werden oder zugutekommen.

Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der zuvor genannten Verordnungen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Durchsetzung von Embargos eine Abfrage in den Finanzsanktionslisten (z.B. [www.finanzen-sanktionsliste.de/fisalis](http://www.finanzen-sanktionsliste.de/fisalis)) vornehmen.

Besteht ein umfassendes Verfügungsverbot für den Bewerber, für ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft, einen Eignungsverleiher oder für eine natürliche Person, deren Verhalten sich der Bewerber beziehungsweise die Bewerbungsgemeinschaft zurechnen lassen muss, wird der Bewerber vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

**(f) Bürgschaften**

Der Bieter muss sich in seinem späteren verbindlichen Angebot verpflichten, bei der Auftragserteilung eine Vertragserfüllungsbürgschaft und/oder Vorauszahlungsbürgschaft und ferner eine Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von mindestens 5 % der Auftragssumme von einer Bank mit Niederlassung in der Europäischen Union und einem Rating von mindestens BBB mit stabilem Ausblick (Standard & Poor's) oder Baa2 mit stabilem Ausblick (Moody's) abzuschließen.

### **3. TEILNAHMEUNTERLAGEN**

#### **3.1 Allgemeines**

Die Teilnahmeunterlagen umfassen alle Angaben, die erforderlich sind, um interessierten Unternehmen eine Entscheidung zur Teilnahme am Prüfungssystem zu ermöglichen sowie einen formalen Teilnahmeantrag bei der Vergabestelle einzureichen.

Die Vergabeunterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers.

Eine Übersicht der von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Teilnahmeunterlagen und der vom Bewerber einzureichenden Teilnahmeunterlagen enthält die Unterlage „**Übersicht Teilnahmeunterlagen**“.

In der Übersicht werden sämtliche Dokumente, die Bestandteil der Teilnahmeunterlagen sind, benannt. Welche Dokumente den Interessenten bereits mit dem Prüfungsverfahren und welche den qualifizierten Lieferanten/Bewerbern erst mit der Einleitung der nachfolgenden Angebots- und Verhandlungsphase zur Verfügung gestellt werden, kann dort entnommen werden.

Aus der Übersicht geht zudem hervor, welche Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb und welche Unterlagen erst im Rahmen der Verhandlungs- bzw. Angebotsphase relevant sind. Jene Unterlagen, die in der Übersicht als relevant für die Verhandlungs- bzw. Angebotsphase gekennzeichnet sind, dienen zum jetzigen Zeitpunkt lediglich der Information.

Die Übersicht, wie auch die Teilnahmeunterlagen (insbesondere Technische Beschreibungen), können im Rahmen des Verhandlungsverfahrens ergänzt, konkretisiert und – soweit zulässig - geändert werden.

Qualifizierte Lieferanten/Bewerber, die die Verschwiegenheitserklärung (**Formblatt 9**) unterschrieben/eingereicht haben werden zur nächsten Rahmenvertragsausschreibung im Rahmen einer Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert. Dazu erhalten sie sämtliche Unterlagen, die ihnen noch nicht zur Verfügung gestellt worden sind.

### 3.2 **Schutz vertraulicher Informationen**

Der Auftraggeber betreibt das Stromversorgungsnetz des Landes Berlin und trägt somit Verantwortung für die Aufrechterhaltung einer kritischen Infrastruktur. Das vorliegende Vergabeverfahren steht mit dem Betrieb des Stromversorgungsnetzes des Landes Berlin in Zusammenhang und beinhaltet die Offenlegung von Informationen, deren Geheimhaltung der Auftraggeber sicherstellen möchte.

Die Bewerber sind vor diesem Hintergrund zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen verpflichtet. und haben mit der Abgabe des Formblattes 9 eine entsprechende Erklärung abzugeben. Ein besonderes Geheimhaltungsinteresse besteht aufgrund von darin enthaltenen sensiblen Informationen bezüglich folgender Verfahrensunterlagen:

#### - **Rahmenvertrag und Leistungsbeschreibung mit Anlagen**

Die genannten Unterlagen werden nur denjenigen Interessenten im späteren Ausschreibungsverfahren zur Verfügung gestellt, welche die als **Formblatt 9** beigelegte Verschwiegenheitserklärung unterzeichnen und dem Auftraggeber über das Vergabeportal zur Verfügung stellen. Im Anschluss erfolgt die Zusendung der vertraulichen Dokumente.

Es werden vom Auftraggeber nur unterschriebene Verschwiegenheitserklärungen akzeptiert, die unverändert vom Auftragnehmer gezeichnet werden. Einschränkungen oder Veränderungen jeglicher Form werden nicht akzeptiert und führen dazu, dass die vertraulichen Unterlagen nicht übergeben werden und der betreffende Bewerber/Bieter

nicht am Verfahren teilnehmen kann.

#### 4. ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DEN TEILNAHMEANTRAG

Der Teilnahmeantrag hat die geforderten Angaben und Erklärungen vollständig zu enthalten.

##### 4.1 Bestandteile des Teilnahmeantrags und Form

Der vollständige Teilnahmeantrag besteht aus

- Dem Teilnahmeantragsschreiben (**Formblatt 1**).
- den geforderten Eignungsnachweisen und Nachweisen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen unter Verwendung der **Formblätter 2 bis 8 einschließlich der ausgefüllten Checklisten** (Formblätter 7.1 - 7.3 ggf. ergänzt um weitere Unterlagen zum Nachweis der Eignung entsprechend den Vorgaben dieser Teilnahmebedingungen).
- dem **Formblatt 9** Verschwiegenheitserklärung.
- Dem **Formblatt 16** mit der Eigenerklärung zur Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands.

Die Vollständigkeit des Antrags ist nur dann gewahrt, wenn die geforderten Formblätter vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet sind. Für die Unterzeichnung der Teilnahmeanträge kann der Bewerber wahlweise den Namenszug des Unterzeichners elektronisch in das Dokument einfügen oder die unterschriebenen Ausdrucke der entsprechenden Dokumente einscannen oder eine fortgeschrittene elektronische Signatur verwenden. Das **Formblatt 9** Verschwiegenheitserklärung ist nur dann mit dem Teilnahmeantrag einzureichen, wenn es nicht bereits zum Erhalt, der unter Ziff. 3.2 bezeichneten Unterlagen eingereicht wurde; eine doppelte Einreichung ist nicht erforderlich.

##### 4.2 Bezeichnung von Unterlagen

Die einzureichenden Formblätter/Unterlagen sind wie folgt zu bezeichnen:

„[Unternehmen] \_Formblatt\_6\_wirtschaftliche\_Leistungsfähigkeit“

Soweit im Verfahren zugelassen, können ergänzend zu den vom Auftraggeber vorgegebenen Formblättern in dem dort bestimmten Inhalt/Umfang zusätzliche, vom Bewerber selbst erstellte Anlagen eingereicht werden. Eigene Anlagen des Bewerbers sind hinsichtlich des in Bezug genommenen Formblatts des Auftraggebers, des einreichenden Unternehmens und des Inhalts der Anlage wie folgt zu bezeichnen:



„[Unternehmen]\_Formblatt 5\_Anlage 1\_Unternehmensdarstellung“

Anlagen sind – soweit zutreffend – im jeweils maßgeblichen Formblatt an der betreffenden Stelle zu vermerken.

#### 4.3 **Ordnung der Teilnahmeantragsunterlagen**

Jedes ausgefüllte Formblatt ist mit den dazugehörigen Anlagen in eine eigene ZIP-Datei zu integrieren und mit der Dateibezeichnung „[Name des Formblatts] [und ggf. Anlagen]“ zu versehen.

#### 4.4 **Übermittlung des Teilnahmeantrags**

Der vollständige Teilnahmeantrag ist in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel an die Vergabeplattform „Deutsche e-Vergabe“ zu übermitteln.

Eine Einreichung eines Teilnahmeantrags in Schriftform, per Telefax, per E-Mail, mündlich sowie über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform ist unzulässig, auch nicht ergänzend zu einem elektronisch eingereichten Teilnahmeantrag. Ein Verstoß gegen diese Vorgabe führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrags.

#### 4.5 **Teilnahmefrist**

Das Prüfungssystem ist unbefristet gültig. Teilnahmeanträgen können jederzeit eingereicht werden.

#### 4.6 **Format des Teilnahmeantrags**

Die von den interessierten Unternehmen einzureichenden Dokumente müssen das PDF-Format aufweisen. Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formblätter im Word- bzw. Excel-Format sind daher befüllt in das PDF-Format zu konvertieren. Nur das Preisblatt ist zusätzlich im Excel-Format einzureichen.

Es ist darüber hinaus unzulässig, Dateien in anderen Dateiformaten (insbesondere Audio- und Videodateien) einzureichen. Informationen solcher Dateien werden nicht berücksichtigt. Jede Datei darf aufgrund einer Begrenzung der Vergabeplattform maximal 200 MB groß sein. Die Dateien müssen mit einem handelsüblichen Computer lesbar, unverschlüsselt, druckbar, ohne Kopierschutz sowie frei von Viren, Malware und Trojanern sein.

Zur Dateikomprimierung und Ordner-Bildung sind ZIP-Verzeichnisordner anzulegen. „RAR“ und andere Komprimierungsformate können aufgrund von IT-Regularien des Auftraggebers nicht geöffnet werden und werden daher nicht akzeptiert.

#### 4.7 **- In diesem Prüfungssystem nicht relevant / belegt**

#### 4.8 **Änderungen des Teilnahmeantrags durch den Bewerber**

Etwaige Ergänzungen, Änderungen oder Berichtigungen hinsichtlich eines bereits eingereichten Teilnahmeantrags sind nur bis zur Öffnung/Bearbeitung durch die

Vergabestelle möglich.

#### **4.9 Eintragungen des Bewerbers und Änderungen hieran**

Eintragungen des Bewerbers müssen klar und eindeutig sein. Der Bewerber trägt das Risiko unklarer und nicht eindeutiger Eintragungen.

Die Teilnahmeunterlagen können elektronisch an den vorgesehenen Stellen ausgefüllt werden. Alternativ können die Formblätter auch ausgedruckt und handschriftlich befüllt werden. Händisch ausgefüllte Formblätter sind entsprechend einzuscannen und im PDF-Format den Teilnahmeunterlagen beizufügen.

Sämtliche Eintragungen müssen für die Vergabestelle zweifelsfrei sein.

#### **4.10 Änderung der Teilnahmeunterlagen für das Prüfungssystem**

Die übergebenen Teilnahmeunterlagen sind an den entsprechenden Stellen vom Bewerber auszufüllen und anschließend bei der Vergabestelle einzureichen. Änderungen an den Teilnahmeunterlagen (Texte/Fragen) durch den Bewerber sind unzulässig. Die Vornahme unzulässiger Änderungen durch den Bewerber führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrags. Sofern es sich nicht um vom Bewerber auszufüllende Teilnahmeunterlagen handelt, sind diese daher gegen die Vornahme von Veränderungen geschützt.

#### **4.11 Eigentumsübergang der Teilnahmeunterlagen, Nutzungsrecht**

Der eingereichte Teilnahmeantrag geht in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Bewerber/Bieter räumt dem Auftraggeber die für die Durchführung des Verfahrens und Ausführung des Auftrags erforderlichen Nutzungsrechte ein.

#### **4.12 Kennzeichnung vertraulicher Informationen**

Die Bewerber werden auf das Recht hingewiesen, Informationen, die vertrauliche Aspekte und/oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten, mittels eines eindeutigen Vermerks oder Hinweises als vertraulich zu kennzeichnen. Die Vergabestelle wird diese Unterlagen nur den Mitarbeitern der Stromnetz Berlin GmbH zur Einsicht geben, die mit der Durchführung des Prüfungssystems beauftragt sind.

### **5. EIGNUNGSANFORDERUNGEN UND NACHWEIS DER EIGNUNG**

Der Auftraggeber prüft die Eignung des Bewerbers auf Grundlage der vom ihm eingereichten Nachweise nach Maßgabe formalen und inhaltlichen Vorgaben der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. der Teilnahmebedingungen gesamthaft. Ein Unternehmen ist geeignet, wenn der Auftraggeber auf Grundlage der vom Bewerber eingereichten Nachweise davon ausgehen kann, dass das Unternehmen die zu erbringenden Leistungen vertragsgemäß ausführen wird. Vom weiteren Verfahren werden Teilnahmeanträge von Unternehmen, die eine Mindestanforderung an die Eignung nicht erfüllen, ausgeschlossen.

## 5.1 Bewerberangaben/Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung hat der Bewerber die in **Formblatt 2** und **Formblatt 5** geforderten Angaben und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

### (a) Unternehmensdarstellung

Die Darstellung des Bewerberunternehmens beziehungsweise des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft muss Ausführungen zu dessen Standorten, Leistungsportfolios, sowie zur Größe beinhalten und es müssen – sofern zutreffend – Angaben zur Konzernstruktur eingereicht werden.

Die Unternehmensdarstellung ist dem **Formblatt 2** als Anlage beizulegen.

### (b) Berufs- und Handelsregistrauszug, Erklärungen und Bescheinigungen (**Formblatt 5**)

Der Bewerber hat den Nachweis der Eintragung im Handelsregister und/oder Berufsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, einzureichen. Ein Registrauszug muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist inhaltlich aktuell und darf zeitlich nicht älter als sechs Monate sein.

Für Deutschland maßgebliche Register sind: das „Handelsregister“, die „Handwerksrolle“ und bei Dienstleistungsaufträgen das „Vereinsregister“, das „Partnerschaftsregister“ und die „Mitgliederverzeichnisse der Berufskammern der Länder“; für die übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union können die in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/18/EG, Abl. L 94 v. 28. März 2014 aufgelisteten Dokumente des jeweiligen Sitzstaates entsprechend als Nachweis eingereicht werden.

Sofern der Bewerber keinen Registrauszug vorlegen kann, ist die in Formblatt 5 geforderte alternative Erklärung abzugeben.

### (c) Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft

Der Bewerber hat nachzuweisen, dass er Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft fristgerecht und vollständig zahlt.

Der Nachweis hat zu erfolgen durch die Vorlage

- einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamts oder einer gleichwertigen Bescheinigung aus dem Ursprungs- oder Herkunftsland,
- von Nachweisen der Sozialversicherungsträger oder gleichwertiger Bescheinigungen aus dem Ursprungs- oder Herkunftsland über die Zahlung von Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträgen und
- einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft oder einer gleichwertigen Bescheinigung aus dem Ursprungs- oder Herkunftsland.

Jede vom Bewerber vorgelegte Erklärung eines Dritten darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist nicht älter als sechs Monate sein.

## 5.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber die in **Formblatt 6** geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen:

### (a) Bankerklärung

Es ist eine Erklärung der Hausbank des Bewerbers vorzulegen, die bestätigt, dass die finanziellen Verhältnisse des Bewerbers geordnet sind und er über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügt, um den Auftrag auszuführen.

Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist jeweils nicht älter als sechs Monate sein.

### (b) Haftpflichtversicherung

Es ist der Nachweis einer Haftpflichtversicherung für die aus der gewerblichen Tätigkeit des Bewerbers resultierenden Haftpflichtgefahren für Sach-, Personen- und Vermögensschäden (inklusive Schäden aus datenschutzrechtlichen Verstößen) durch eine gültige Versicherungsbestätigung zu erbringen. Die Versicherung muss die Deckung der vorgenannten Gefahren in Höhe der nachstehend aufgeführten Mindestdeckungssummen umfassen.

Alternativ zur Vorlage des Nachweises einer Versicherung mit den nachfolgend genannten Mindestanforderungen kann eine Erklärung des Versicherers vorgelegt werden, nach der dieser im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung abzuschließen. In diesem Fall hat sich der Bewerber zu verpflichten, unmittelbar nach Erhalt des Zuschlages eine entsprechende Haftpflichtversicherung mit den genannten Anforderungen abzuschließen, für die Dauer der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten sowie die entsprechende Bescheinigung dem Auftraggeber unaufgefordert vorzulegen.

### Mindestdeckungssummen

Die Deckungssummen der Versicherung für die ausgeschriebene Leistung müssen je Schadensart und -fall mindestens folgenden Umfang abdecken:

- Sachschäden 5 Mio. Euro
- Personenschäden 10 Mio. Euro
- Vermögensschäden 250.000 Euro

### (c) Jahresabschlüsse/Geschäftsberichte

Es sind Jahresabschlüsse einschließlich Anhänge, Wirtschaftsprüferfreigaben, Lageberichte und Kommentare, falls deren Veröffentlichung in dem Land, in dem der Bewerber zugelassen ist, gesetzlich vorgeschrieben ist, für die Geschäftsjahre 2020, 2021, 2022 oder – sofern für das letzte geforderte Geschäftsjahr noch nicht vorliegend – die letzten drei vorliegenden Jahresabschlüsse, vorzulegen.

Falls die Veröffentlichung von Jahresabschlüssen nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, haben die Bewerber ihre Geschäftsberichte für die genannten drei letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre vorzulegen.

Falls ein Bewerber erst seit einem Zeitpunkt besteht, der die Vorlage eines oder mehrerer Jahresabschlüsse/Geschäftsberichte nicht zulässt, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit der Gründung zu tätigen. Es ist in diesem Fall unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass der Bewerber erst nach dem betreffenden Zeitpunkt eines geforderten Nachweises gegründet worden ist.

Falls ein Bewerber erst seit einem Zeitpunkt besteht, der die vollständige Angabe nicht zulässt, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit der Gründung zu tätigen.

Es ist in diesem Fall unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass der Bewerber erst nach dem betreffenden Zeitpunkt eines geforderten Nachweises gegründet worden ist.

### Mindestanforderungen:

Der Gesamtumsatz des Bewerbers muss pro Jahr mindestens **8 Mio. Euro** betragen.

Der Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des hier zu vergebenden Auftrags muss im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr mindestens **4 Mio. Euro** betragen. Die spezifischen Umsätze der Jahre 2020 und 2021 sind informativ anzugeben.

**Hinweise:**

Die einzureichenden Unterlagen und Angaben müssen eine Prognose ermöglichen, ob der Bewerber wirtschaftlich und finanziell hinreichend geeignet ist, einen Auftrag zum geplanten Rahmenvertrag mit vier Jahren Vertragslaufzeit zu erbringen.

Der Auftraggeber kann zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers ergänzend zu den geforderten Erklärungen und Nachweisen Auskünfte von Wirtschaftsauskunftsdateien sowie allgemein verfügbare Informationen heranziehen.

**5.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit und der Eignung für den spezifischen Bedarf hat der Bewerber die Formblätter:

7.1 „Referenzen“

7.2 „Technik-Checkliste (TC)“

7.3 „Bestätigungstabelle zur TB3544\_V05

ausgefüllt abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

**(a) Unternehmensreferenzen (Formblatt 7.1)**

Es wird der Nachweis über das Know-how zur Fertigung und zum Einbau der luftisolierten 10-kV-Schaltanlagen in 110-/10-kV-Umspannwerken verlangt

(i) Qualifizierungsgegenstand

Dieses muss über eine Referenzliste mit Referenzen mit einem zum beschriebenen Qualifizierungsgegenstand vergleichbaren Leistungsspektrum nachgewiesen werden. Vergleichbar sind die Referenzen, wenn Sie in der auszufüllenden Tabelle „Referenzen“ (**Formblatt 7.1**) beschrieben wurden. (vgl. nachfolgend (iv)).

(ii) Referenzzeitraum

Es werden nur Referenzen berücksichtigt, deren Leistungen in den vergangenen 4 Jahren (Stichtag ist der Tag der Auftragsbekanntmachung) erbracht wurden.

(iii) Mindestanzahl von Referenzen

Der Bewerber hat **mindestens 3** Referenzen vorzulegen.

(iv) Vergleichbarkeit der Referenz

Ein Auftrag wird als Referenz berücksichtigt, wenn er nach Art, Umfang und Schwierigkeit mit der zu vergebenden Tätigkeit vergleichbar ist. Die Vergleichbarkeit wird bejaht, wenn die in Formblatt 7.1 geforderten Angaben der Tabelle zum Abschnitt „Angaben zu der Vergleichbarkeit der Referenzleistungen“ vollständig mit „Ja“ beantwortet werden können und die nachfolgend dargestellten Mindestbedingungen erfüllt sind. Alle Angaben des Bewerbers müssen nachweisbar sein. Der Auftraggeber behält sich eine Überprüfung vor.

Der Auftraggeber legt folgende Mindestanforderungen an die Referenzen fest:

- In drei Referenzaufträgen muss eine luftisolierte 10-kV-Schaltanlage mit mehr als 20 Schaltfeldern (2500A) hergestellt, geliefert, montiert, und in Betrieb genommen worden sein.
- In wenigstens zwei Referenzaufträgen sind Auftraggeber-spezifische Anforderungen realisiert worden.
- In wenigstens zwei Referenzaufträgen sind leittechnische Komponenten (Feldgeräte mit Display und den erforderlichen Netzwerkskomponenten) für die Schaltfelder Trafo, Reserveeinspeisung und Längskupplung) installiert worden.
- In wenigstens einem Referenzauftrag ist eine schutztechnische Auftraggeber-Beistellung in Kabelabgangsfeldern (mind. 1 Schutzgerät z.B. für Abgangsschutz) installiert worden.

(v) Ergänzende Angaben

Der Bewerber ist berechtigt, ergänzende Angaben zur Referenz in einer Anlage zum jeweiligen Formblatt 7.1 zu tätigen, wenn ein oder mehrere geforderte Angaben nicht oder nicht vollständig getätigt werden können und dies zum Verständnis der Referenz aus Sicht des Bewerbers erforderlich ist. Die ergänzenden Angaben dürfen pro Referenz eine DIN A4-Seite nicht überschreiten.

(vi) Nachweis

Zum Nachweis hat der Bewerber für jede Referenz das **Formblatt 7.1** auszufüllen. Das Formblatt ist mehrfach zu verwenden.

Mit der Angabe der Referenz bestätigt der Bewerber, dass er vom Referenzauftraggeber das Einverständnis eingeholt hat, den Auftrag als Referenz in diesem Vergabeverfahren mit den vom Auftraggeber geforderten Informationen angeben zu dürfen.

Mit der Angabe eines Ansprechpartners und dessen Kontaktdaten des Referenzauftraggebers bestätigt der Bewerber, dass sich der Ansprechpartner

des Referenzauftraggebers einverstanden erklärt hat, vom Auftraggeber mittels der angegebenen Kontaktmöglichkeiten kontaktiert werden zu dürfen.

Können die Kontaktdaten nicht/nicht vollständig angegeben werden (z.B. aus datenschutzrechtlichen Gründen) hat der Bewerber auf anderem Weg sicherzustellen, dass eine Kontaktaufnahme mit dem Referenzauftraggeber einschließlich einer entsprechenden Überprüfung ohne Beisein/Anwesenheit des Bewerbers/Bieters möglich ist.

Alle Angaben des Bewerbers müssen überprüfbar sein. Der Auftraggeber behält sich eine Überprüfung vor, bzw. Nachfrage beim Referenzgeber vor.

(vii) Eigene Erfahrungen

Der Auftraggeber ist berechtigt, im Rahmen der Gesamtbeurteilung der Eignung eigene Erfahrungen mit den Bewerbern aus vergleichbaren Projekten der vergangenen fünf Jahre zu berücksichtigen. Sofern ein Bewerber eine wesentliche Anforderung aus einem früheren Auftrag erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und für den Auftraggeber ein Anspruch auf Schadensersatz, Rücktritt oder Kündigung bestand, kann der Auftraggeber die Eignung verneinen, wenn der Bewerber nicht nachweisen kann, geeignete technische, organisatorische oder personelle Maßnahmen zur effektiven Verhinderung gleichartiger Verstöße umgesetzt zu haben. Der betreffende Bewerber wird vor der Entscheidung des Auftraggebers angehört.

**(b) Grundsätzliche Technische Eignung (Technik-Checkliste Formblatt 7.2)**

Zugelassen werden nur solche Bewerber, die nachweisen können, dass sie die grundsätzliche Technische Eignung erfüllen. Entsprechende Angaben sind in der **Technik-Checkliste, Formblatt 7.2** zu machen.

Die Fragen-/Antwortenbereiche sind mit „K.O.-Kriterium“ oder „informativ“ gekennzeichnet.

K.O.-Kriterien sind vom Bewerber zwingend zu erfüllen und die geforderten Nachweise dem Teilnahmeantrag beizufügen. Können die K.O.-Kriterien vom Bewerber nicht erfüllt werden oder die dazu geforderten Nachweise nicht vorgelegt werden, kann keine Zulassung erfolgen. In diesem Fall erfolgen keine weiteren Prüfungen durch die Vergabestelle und der Bewerber bekommt eine entsprechende Rückmeldung über die Beendigung der Prüfung zu seinem eingereichten Teilnahmeantrag.



Mit „informativ“ gekennzeichnete Fragen und die dazu gegebenen Antworten des Bewerbers helfen der Vergabestelle die Organisation der Fertigungsstätte zu verstehen. Es wird seitens der Vergabestelle klargestellt, dass diese Angaben in keine Bewertung fließen. Eine Nicht-Beantwortung dieser Fragen führt nicht zum Ausschluss im Prüfungssystem

**(c) Technische Eignung für den spezifischen Bedarf (Bestätigungstabelle zur TB3544 V05, Formblatt 7.3)**

Mit den Angaben in der Bestätigungstabelle hat der Bewerber die Einhaltung der Auftraggeber-TB3544, Version 05 nachzuweisen. Dabei festgestellte Abweichungen sind vom Bewerber in der Tabelle zu kennzeichnen und ggfs. mit Lösungen zur Einhaltung zu beschreiben, wobei die Gleichwertigkeit der Lösung vom Bewerber nachzuweisen ist.

**5.4 Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung, Vergabesperr**

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit hat der Bewerber die in **Formblatt 8** geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

**(a) Eigenerklärungen**

Die Bewerber haben die in **Formblatt 8** enthaltenen Erklärungen wahrheitsgemäß abzugeben.

**(b) Selbstreinigung gemäß § 125 GWB und Wiederherstellung der Zuverlässigkeit**

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder § 124 GWB vor, wird ein Bewerber nicht ausgeschlossen, wenn nachweislich Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB durchgeführt wurden.

Auch bei einem Verstoß gegen § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 19 Abs. 1 i. V. m. § 21 MiLoG, § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 Abs. 1 i. V. m. § 23 AEntG und § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 98c Abs. 1 Satz 1 AufenthG wird das Unternehmen nicht ausgeschlossen, wenn es die Wiederherstellung der Zuverlässigkeit nachweist.

Die Darstellung und der Nachweis der Selbstreinigungsmaßnahme ist mittels gesonderter Anlage des jeweiligen Unterzeichners zu **Formblatt 8** vorzunehmen. Dem Nachweis der Selbstreinigungsmaßnahmen muss ein Rechtsgutachten eines Rechtsanwalts beigefügt werden, welches die Selbstreinigungsmaßnahmen als hinreichend im Sinne der gesetzlichen Anforderungen bestätigt.

Das Gutachten entbindet den Auftraggeber nicht von einer eigenen Prüfung und Bewertung der Selbstreinigungsmaßnahmen. Der Auftraggeber kann im

eigenen Ermessen und unter Setzung von Ausschlussfristen weitere Unterlagen, Informationen und Nachweise anfordern, die er zur Beurteilung der Sach- und Rechtslage für erforderlich hält. Ungeachtet dessen müssen die Darstellung und der Nachweis vollständig sein.

## 5.5 **Eigenerklärung Verordnung (EU) 2022/576**

Aufgrund der Vorgaben der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ist es verboten einen öffentlichen Auftrag an ein Unternehmen zu vergeben, was von den Sanktionen der Verordnung erfasst ist. Verboten ist ebenfalls die Einbeziehung von Unterauftragnehmern, Eignungsverleiher und Lieferanten in die Leistungserbringung, wenn diese unter die Sanktionen fallen.

Vor dem Hintergrund der geltenden Sanktionen haben alle Bewerber die Erklärungen des **Formblattes 16** wahrheitsgemäß abzugeben und entsprechend zu unterzeichnen.

Anträge, die das Formblatt 16 nicht oder nicht vollständig unterzeichnet beinhalten, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

### **Hinweise:**

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass der Bewerber ebenfalls **sämtliche künftigen Lieferanten und Unterauftragnehmer einschließlich Eignungsverleiher** dahingehend zu überprüfen hat, ob jeweils ein Verstoß gegen die Sanktionen vorliegt. Eine entsprechende Erklärung, dass dies nicht der Fall ist und somit eingehalten wird, ist mit der Abgabe des Formblattes 16 abzugeben.

Zu beachten ist zudem, dass die vom Bewerber für die Auftragserbringung geplanten Unterauftragnehmer das Formblatt 16 mit der Angebotsabgabe ebenfalls zu unterzeichnen haben.

Der Auftraggeber weist ferner darauf, dass er sich die Abforderung weitergehender Nachweise vorbehält, sofern – unabhängig vom unterzeichneten Formblatt – der Verdacht besteht, dass ein Verstoß gegen die Sanktion aufseiten des Bewerbers und/oder etwaiger Unterauftragnehmer, Eignungsverleiher oder Lieferanten besteht.

## 5.6 **Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft (Formblatt 13)**

Der Bewerber hat nachzuweisen, dass er Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft fristgerecht und vollständig zahlt.

Der Nachweis hat zu erfolgen durch die Vorlage

- einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamts oder einer gleichwertigen Bescheinigung aus dem Ursprungs- oder Herkunftsland,

- von Nachweisen der Sozialversicherungsträger oder gleichwertiger Bescheinigungen aus dem Ursprungs- oder Herkunftsland über die Zahlung von Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträgen und
- einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft oder einer gleichwertigen Bescheinigung aus dem Ursprungs- oder Herkunftsland.

Jede vom Bewerber vorgelegte Erklärung eines Dritten darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist nicht älter als sechs Monate sein.

## 5.7 **Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter**

Ein Bewerber kann sich, auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten Dritter bedienen (Eignungsleihe), ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Dritten bestehenden Verbindungen.

### (a) **Allgemeine Bedingungen zur Eignungsleihe**

Jeder Eignungsverleiher muss das **Formblatt 4** ausfüllen und unterzeichnen; es ist mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen.

Jeder Eignungsverleiher hat zudem das **Formblatt 2**, das **Formblatt 8** das **Formblatt 9** und das **Formblatt 16** auszufüllen und zu unterzeichnen. Zudem sind das **Formblatt 5** und das **Formblatt 13** auszufüllen und zu unterzeichnen. Die Formblätter sind als Anlage zu Formblatt 4 einzureichen.

### (b) **Leihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit**

Im Falle der Leihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit ist diese nach Maßgabe der Anforderungen in der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. dieser Teilnahmebedingungen in jenem Umfang vom Eignungsverleiher nachzuweisen, wie sich der Bewerber darauf beruft. Hierzu sind entsprechend die **Formblätter 7.1 bis 7.3** zu verwenden.

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. In **Formblatt 4** ist daher eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers enthalten.

### (c) **Leihe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit**

Im Falle der Leihe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist diese nach Maßgabe der Anforderungen in der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. dieser Teilnahmebedingungen in jenem Umfang vom Eignungsverleiher nachzuweisen, wie sich der Bewerber darauf beruft. Hierzu ist entsprechend das **Formblatt 6** zu verwenden und als Anlage zu **Formblatt 4** einzureichen.

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese sich verpflichten, gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungslleihe zu haften. In **Formblatt 4** ist daher eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers enthalten.

**(d) Überprüfung durch den Auftraggeber**

Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob der Eignungsverleiher, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung von Eignungskriterien in Anspruch nehmen möchte, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Erfüllt der Eignungsverleiher die entsprechenden Eignungskriterien nicht oder nicht vollständig oder liegt ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, muss der Bewerber diesen Eignungsverleiher ersetzen. Hierfür setzt der Auftraggeber dem Bewerber eine angemessene Frist.

**5.8 Prüfung der Bewerber-Angaben**

Alle Fragen müssen beantwortet und sofern gefordert mit den dazugehörigen Nachweisen belegt werden. Die Vergabestelle prüft die Antworten in den übergebenen Formblättern und der Technik-Checkliste (**Formblatt 7.2**) sowie die Angaben in den Referenzlisten (**Formblatt 7.1**) auf Plausibilität und Bewerber-Eignung. Mit den Angaben in der Bestätigungstabelle (**Formblatt 7.3**) hat der Bewerber die Einhaltung der TB3544, Version 05 nachzuweisen. Dabei festgestellte Abweichungen sind vom Bewerber in der Tabelle zu kennzeichnen und ggfs. mit Lösungen zur Einhaltung zu beschreiben, wobei die Gleichwertigkeit der Lösung vom Bewerber nachzuweisen ist. Sofern eine K.O.-Frage in der Technik-Checkliste (**Formblatt 7.2**) mit „nein“ beantwortet wurde, oder eine Alternativlösung in der Bestätigungstabelle zur Zielerreichung nicht plausibel ist und trotz Nachfrage durch die Vergabestelle vom Bewerber nicht plausibel erklärt werden kann, erhält der Antragsteller eine Information über die Ablehnung und die Einstellung der weiteren Prüfungen.

Zusätzlich prüft die Vergabestelle die Bestätigung des Bewerbers auf Einhaltung der zusätzlichen Bedingungen für Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz der Stromnetz Berlin GmbH, sowie die Eignung des Bewerbers in Bezug auf die Anforderungen zum Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutz (ZB AGU).

**5.9 Musterschaltfeld**

Der Bewerber hat ein 10-kV-Muster-Kabelabgangsschaltfeld für „Langen Ring“, welches den Anforderungen der Technischen Beschreibung TB3544 V05 entspricht der Stromnetz Berlin GmbH zu liefern und am Lieferort aufzustellen (vergl. Pkt. 2.2 (b) iii.). Für die Prüfung des Musterschaltfeldes nutzt der Auftraggeber das Prüfprotokoll Musterschaltfeld nach TB3544\_V05.

#### 5.10 Werksaudit – Stichprobenprüfung der getätigten Angaben

Die Vergabestelle behält sich vor, nach rechtzeitiger, vorheriger Terminabstimmung, ein Werks-Audit in der Fertigungsstätte des Bewerbers durchzuführen.

Erst wenn alle Fragen zur Eignung positiv beantwortet sind, die dazugehörigen Nachweise der Vergabestelle vorliegen und die Einhaltung zur Umsetzung der Technischen Beschreibung ggfs. mit Alternativlösungen vom Bewerber bestätigt wurde, wird die Durchführung eines Werks-Audits in der Fertigungsstätte des Bewerbers vorbereitet und terminlich abgestimmt.

Inhalt sind u.a. das Aufzeigen der Prozessabläufe beim Hersteller und Lieferanten, Erläuterungen der eingereichten Unterlagen bei der Stromnetz Berlin GmbH (z. B. durch Zeichnungen, Fotos, Prüfprotokolle etc.), Besichtigung und Bewertung der Produktionsstätten, Prüflabor und Logistik. Für ein Werks-Audit wird ca. ein Tag benötigt.

#### 5.11 Serviceschulung

Die Bewerber haben mit dem Formblatt 7.2 Technik-Checkliste bestätigt, eine Schulung zu deren luftisolierten 10-kV-Schaltanlagen für Mitarbeiter der Vergabestelle anbieten zu können. Die Einzelheiten der Schulung sind der Anlage „Anforderungen für Serviceschulungen“ zu entnehmen, in Verbindung mit dem vom Bewerber abgegebenen Seminarablauf. Die Schulung soll im Anschluss an das Werks-Audit stattfinden, der Termin wird einvernehmlich zwischen den Parteien abgestimmt, wobei Bewerber mindestens drei Alternativtermine anbieten können müssen. Die Schulung wird ausdrücklich unabhängig von der Qualifizierungs-Entscheidung von der Vergabestelle zu marktüblichen Konditionen vergütet. Die Vergütung der Schulung erfolgt gegenüber allen Bewerbern gleich und wird von der Vergabestelle in Abstimmung mit den Bewerbern rechtzeitig, jedenfalls aber vor Durchführung der Schulung bekannt gegeben werden.

#### 5.12 Informationspflicht zugelassener Bewerber/Lieferanten

Falls sich zu den vom zugelassenen Bewerber/Lieferanten gemachten Angaben im Laufe der Zeit wesentliche Änderungen ergeben, ist der Lieferant verpflichtet, der Vergabestelle diese unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Als wesentliche Änderungen gelten Änderungen der Gesellschaftsform, Änderungen der Eigentumsverhältnisse, Veränderung der Unternehmensstandorte, oder Änderungen in den getätigten Angaben zur grundsätzlichen und wirtschaftlichen Zuverlässigkeit.

Darüber hinaus sind folgende Nachweise jährlich unaufgefordert bei der Vergabestelle einzureichen:

- Eigenerklärung (**Formblatt 8**) mit Erklärung zu zwingenden fakultativen Ausschlussgründen im Sinne der §§ 123 und 124 des GWB sowie § 21 AEntG und § 19 MiLoG Fragebogen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (VFM-Fragebogen)
- Eigenerklärung (**Formblatt 16**) zur Einhaltung der VO 833/2014 EU

- Fragebogen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (FFM-Fragebogen, AGU A)

### 5.13 Qualifikationsnachverfolgung zugelassener Bewerber/Lieferanten

#### Qualität-Abweichungstypen und Definition:

- „**FAT**“ (Werksprüfung) Abweichung gegenüber Technischer Beschreibung/Vertrag bei FAT
- „**SAT**“ (Site Acceptance Test) Abweichung gegenüber Technischer Beschreibung/Vertrag beim SAT
- „**OTD**“ (Lieferzeit/-termin oder vereinbarte Betriebsbereitschaft) Verzögerung gegenüber Vertrag
- „**G**“ (Garantie, bzw. vertraglich vereinbarte Eigenschaft) jede Abweichung die vertraglich vereinbart wurde

#### Lieferanten-Qualitätsstatus (QS) und Qualitätsstufen

- **Grün** = zugelassen
- **Gelb** = Aktionsplan erforderlich
- **Rot** = Zulassung beendet

#### Abweichungsstufen

- Erste Stufe, Abweichung grün, keine bis leichte Abweichung, Keine direkte Konsequenz für den PQ-Status, Beseitigung innerhalb des vereinbarten Terminplans.
- Zweite Stufe, Abweichung gelb, wiederholt/erhöhte Menge an kleineren Ausfällen/reparable Qualitätsabweichungen, Zulassungs-Status gesenkt, Lieferanten-Aktionsplan zur Beseitigung innerhalb des vereinbarten Terminplans.
  - Dritte Stufe, Abweichung rot, Verlust der Zulassung für 2 Jahre, Lieferant kann sich nach Ablauf von 2 Jahren erneut bewerben.

#### Änderungen im Qualitätsstatus (QS)

Ein zugelassener Bewerber/Lieferant startet grundsätzlich mit dem Qualifizierungsstatus grün.

Wird bei der späteren Auftragsabwicklung von der Vergabestelle eine Abweichung im FAT, SAT in OTD oder G festgestellt, ändert sich der Status im Qualitätsstatus des Lieferanten. Schlägt der Lieferant geeignete Abhilfemaßnahmen (Action Plan) vor, die von der Vergabestelle akzeptiert werden können, ändert sich der Qualitätsstatus von grün auf gelb.



Sind die vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen von der Vergabestelle nicht akzeptierbar (z.B. wegen Ungeeignetheit zur Erzielung der vertraglich vereinbarten Qualität, oder weil ein solch erheblicher Terminverzug eingetreten ist, der eine Terminverschiebung von größer 10 Prozent der Gesamt-Projektlaufzeit zu Folge hat) ändert sich der Qualitätsstatus auf „rot“.

Ein Lieferant, der sich im Qualitätsstatus gelb befindet und bei der nächsten Lieferung wieder alle vertraglich vereinbarten Anforderung erfüllt, wird wieder auf Qualitätsstatus grün gesetzt.



Ein Lieferant, der sich im Qualitätsstatus gelb befindet und bei der nächsten Lieferung im gleichen Abweichungstypen erneut Mängel vorweist, wird auf Qualitätsstatus rot gesetzt.

Beispiel:

Ein Lieferant, der aufgrund einer vorherigen verspäteten Lieferung bereits im Qualitätsstatus „gelb“ eingestuft ist und bei der nächsten Lieferung wieder vertragsgemäß/pünktlich liefert, wechselt zurück in den Qualitätsstatus „grün“.

Qualität- Abweichungstyp	Zugelassen „QS grün“	Aktionsplan erforderlich „QS gelb“	Zulassung beendet „QS rot“
<b>FAT</b>	<b>X</b>		
<b>SAT</b>	<b>X</b>		
<b>OTD</b>		<b>X</b> 	
<b>G</b>	<b>X</b>		

Ein Lieferant, der aufgrund einer vorherigen verspäteten Lieferung bereits im Qualitätsstaus „gelb“ eingestuft ist und bei der nächsten Lieferung wieder verspätet liefert, wechselt in den Qualitätsstatus „rot“. Die erteilte Zulassung im Prüfungssystem erlischt.

Qualität- Abweichungstyp	Zugelassen „QS grün“	Aktionsplan erforderlich „QS gelb“	Zulassung beendet „QS rot“
<b>FAT</b>	<b>X</b>		
<b>SAT</b>	<b>X</b>		
<b>OTD</b>		<b>X</b> 	
<b>G</b>	<b>X</b>		

Im Qualitätsstatus rot ist die Qualifizierung/Zulassung beendet. Ein Lieferant, der in die dritte Stufe der Abweichung vom Qualitätsstandard eingestuft wurde, kann sich erst nach Ablauf von 2 Jahren des Verlustes der Zulassung erneut bewerben.



## 6. BEWERBERGEMEINSCHAFTEN

### 6.1 Zulässigkeit

Die Bewerbung als Bewerbergemeinschaft ist zulässig. Eine Bewerbergemeinschaft wird, wie ein Einzelbewerber behandelt. Die Bewerbergemeinschaft hat sicherzustellen und zu prüfen, dass kein Verstoß gegen Art. 101 AEUV sowie § 1 GWB vorliegt (vgl. dazu auch Erklärung in **Formblatt 3**).

### 6.2 Einzureichende Formblätter und weitere Unterlagen

#### (a) Teilnahmeantragsschreiben

Das **Formblatt 1** ist vom bevollmächtigten Vertreter auszufüllen und zu unterzeichnen.

#### (b) Angaben zum Bewerber

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 2** ausgefüllt einzureichen.

#### (c) Benennung eines bevollmächtigten Vertreters/Gesamtschuldnerschaft

Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft füllen das **Formblatt 3** gemeinsam aus, in welchem auch der bevollmächtigte Vertreter benannt wird. Der bevollmächtigte Vertreter steht dem Auftraggeber in diesem Vergabeverfahren als Ansprechpartner der Bewerbergemeinschaft zur Verfügung.

Sofern die Bewerbergemeinschaft aus mehr als fünf Mitgliedern besteht, ist das **Formblatt 3** mehrfach zu verwenden, die Mitglieder der Reihe nach mit einer eindeutigen Mitgliedsnummer einschließlich eines zugeordneten Leistungsanteils zu versehen und alle verwendeten Formblätter durch entsprechende Paginierung (Blattangaben in der Kopfzeile) zu einer Einheit zu verbinden.

#### (d) Bedingungen zum Nachweis des Vorliegens der Eignungs- und Auswahlkriterien

Die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung muss jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft mit dem **Formblatt 5** individuell nachweisen.

Bezüglich der Anforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gilt, dass die Bankerklärung und die Jahresabschlüsse von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft individuell mithilfe des **Formblatts 6** vorgelegt und die insoweit gestellten Anforderungen von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft nachgewiesen werden müssen. Bezogen auf den Nachweis und das Erfüllen der Anforderungen an die Haftpflichtversicherung sowie den spezifischen Umsatz kommt es hingegen auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an.



Für die Prüfung der Eignung zur „Technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (vergl. Pkt. 5.3)“ sind die ausgefüllten **Formblätter 7.1 – 7.3** nebst dazugehörigen zus. Anlagen einzureichen.

Bei den „Unternehmensreferenzen“, **Formblatt 7.1** kommt es auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an. Insofern füllt jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft das **Formblatt 7.1 „Referenzliste“** nur so weit aus, wie es jeweils zutrifft. Gleiches gilt für die Erfüllung des Eignungskriteriums „**Grundsätzliche Technische Eignung**“ (**Technik-Checkliste Formblatt 7.2**) kommt es auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an. Es genügt also, dass das Mitglied der Bewerbergemeinschaft den jeweiligen Nachweis erbringt. Zum Nachweis dieses Eignungskriteriums hat das bevollmächtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft das befüllte **Formblatt 7.2** einzureichen.

Die „**Technischen Eignung für den spezifischen Bedarf (Bestätigungstabelle zur TB3544 V05, Formblatt 7.3)**“ hingegen muss vom Schaltanlagenhersteller beantwortet werden.

Soweit auf die Eignung eines Dritten (Eignungsleihe) zurückgegriffen wird ist zusätzlich das **Formblatt 4** einzureichen.

Die Prüfung der Eignung erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher von der Bewerbergemeinschaft eingereichten Unterlagen.

**(e)** Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 8** vollständig ausgefüllt einzureichen.

**(f)** Weitere Erklärungen

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 9** vollständig ausgefüllt einzureichen.

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 13** vollständig ausgefüllt einzureichen.

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 16** vollständig ausgefüllt einzureichen.